

**DEPARTEMENT  
BAU, VERKEHR UND UMWELT**  
Abteilung Energie

Energieeffizienz

**Beilage 2: Vertragsentwurf**

9. September 2020

**DIENSTLEISTUNGSVERTRAG**

zwischen der Auftraggeberin

Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Energie, Entfelderstrasse 22, 5001 Aarau (Kontaktperson: Felix Arnold)

und der Leistungserbringerin

Name der Firma .....

Adresse .....

PLZ / Ort .....

**1. Gegenstand des Vertrags**

Die Beauftragte verpflichtet sich zur Erbringung sämtlicher in dieser Vertragsurkunde und den weiteren Bestandteilen umschriebenen Leistungen. Der vorliegende Vertrag umfasst die folgende Leistung:

- Prüfung von Fördergesuchen im Rahmen der finanziellen Unterstützung von Massnahmen der Haustechnik gemäss Ausschreibung vom 9. September 2020.
- Ausführungskontrollen vor Ort.
- Auskunftsstelle für Fragen zu den Gesuchen.
- Aufbewahrung der Gesuchunterlagen in Papierform während einem Jahr und anschliessende Überführung ins Archiv des Kantons Aargau.

**2. Vertragsbestandteile und Rangordnung bei Widersprüchen**

Der Vertrag umfasst die folgenden Bestandteile:

- 2.1 Vorliegende Vertragsurkunde
- 2.2 Die Offerte vom ...
- 2.3 Ausschreibung vom 9. September 2020: Anhang 1

Widersprechen sich einzelne Vertragsbestandteile, so bestimmt sich ihr Rang nach der Einordnung in die vorstehenden Ziffern 2.1. bis 2.3. Bei Widersprüchen in den zu einzelnen Vertragsbestandteilen zusammengefassten Dokumenten geht das zeitlich jüngere Dokument dem älteren vor.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Schweizerischen Obligationenrechts, insbesondere Art. 394 ff.

Sämtliche Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform und der Unterzeichnung durch die Vertreter/-innen der Auftraggeberin und der Beauftragten.

### **3. Pflichten der Beauftragten**

- 3.1 Die Beauftragte verpflichtet sich zur gesetzeskonformen, sachkundigen und sorgfältigen Bearbeitung der Gesuche für die Fördergelder gemäss Art. 34 des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (CO<sub>2</sub>-Gesetz), die von Hauseigentümern aus dem Gebiet der Auftraggeberin eingereicht werden.
- 3.2 Die Beauftragte verpflichtet sich, die Daten der materiellen Gesuchprüfung in der vom Kanton zur Verfügung gestellten Software laufend zu bearbeiten.
- 3.3 Die Beauftragte verpflichtet sich, über die Förderanträge innerhalb von maximal zwei Wochen nach Vorliegen aller Unterlagen zu entscheiden.
- 3.4 Die Beauftragte informiert die Auftraggeberin regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten und zeigt dieser frühzeitig und schriftlich alle Umstände an, die eine vertragsgemässe Erfüllung beeinträchtigen. Der Auftraggeberin oder von ihr beauftragten Personen steht jederzeit ein Kontroll- und Auskunftsrecht über alle Teile des Auftrags zu.
- 3.5 Die Beauftragte haftet für getreue und sorgfältige Ausführung und garantiert, dass ihre Leistungen den vertraglichen Bedingungen und Spezifikationen sowie dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Sie haftet für Schäden, die ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Ausübung ihrer Verrichtungen verursachen.
- 3.6 Die Beauftragte ist verpflichtet, eine laufende Kontrolle über die geleisteten Arbeiten (Honorarsumme) zu führen.
- 3.7 Für Leistungen in der Schweiz hält die Beauftragte für ihre Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die Arbeitsschutzbestimmung und Arbeitsbedingungen am Ort der Leistung ein. Sie gewährleistet die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit. Als Arbeitsbedingungen gelten die Gesamtarbeitsverträge und die Normalarbeitsverträge, wo diese fehlen die tatsächlichen orts- und berufsüblichen Arbeitsbedingungen.

### **4. Pflichten der Auftraggeberin**

- 4.1 Die Auftraggeberin sorgt dafür, dass die Beauftragte die erforderlichen Informationen vollständig und schnellstmöglich zur Verfügung gestellt bekommt.
- 4.2 Die Auftraggeberin verpflichtet sich, die Beauftragte gemäss Ziff. 6 zu entschädigen.
- 4.3 Die Auftraggeberin stellt die EDV-Software für die Prüfung der Gesuche kostenfrei zur Verfügung.

### **5. Weisungsrecht der Auftraggeberin**

Die Auftraggeberin hat das Recht, der Beauftragten im Rahmen der Vertragsabwicklung Weisungen zu erteilen. Beharrt der Auftraggeberin trotz schriftlicher Abmahnung der Beauftragten auf seiner Weisung, ist die Beauftragte für deren Folgen gegenüber der Auftraggeberin nicht verantwortlich.

## 6. Honorar

Das Honorar für die zu erbringenden Leistungen setzt sich wie folgt zusammen:

Leistungen nach:

Gesuchpauschale (ohne Berücksichtigung der Teuerung)	Fr.	...
Nebenkosten	Fr.	0
MWSt 7,7 % von Fr. ...	Fr.	...
Total	Fr.	...

Pro Gesuch wird eine Pauschalentschädigung verrechnet. Als Gesuch gilt jedes bei der Bearbeitungsstelle eintreffende, zu verarbeitende Gesuch mit einem Antragsformular. Dies auch, wenn das Gesuch durch den Gesuchstellenden zu einem beliebigen Zeitpunkt zurückgezogen oder durch die Bearbeitungsstelle bzw. den Kanton abgelehnt wird. Wenn im Verlauf der Laufzeit eines Gesuchs (24 Monate) auf Wunsch der Gesuchstellenden zusätzliche Elemente aufgenommen werden, muss für die nachträglichen Elemente ein neues Gesuch gestellt werden.

In der Gesuchpauschale ist der Aufwand für die Ausführungskontrolle inklusive jährlicher Berichterstattung, Beantwortung von telefonischen Anfragen und E-Mails zu den Fördergesuchen sowie die Aufbereitung der Unterlagen für die Archivierung enthalten.

## 7. Vertragsdauer / Kündigung

- 7.1 Die Leistungserbringung durch die Beauftragte ist auf den Zeitraum 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2022 festgelegt. Ab Vertragsbeendigung werden keine neuen Gesuche mehr entgegengenommen. Die pendenten Gesuche werden fristgerecht abgewickelt.
- 7.2 Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Leistungserbringung über das oben in Ziffer 7.1 genannte Datum hinaus zu verlängern. Voraussetzung für eine Verlängerung ist, dass dem Kanton die finanziellen Mittel für die Förderung zur Verfügung stehen. Die Auftraggeberin gibt der Beauftragten die Ausübung bzw. Nichtausübung der Option rechtzeitig bekannt (drei Monate vor Ablauf des Vertragsverhältnisses). Die Beauftragte hat keinen Anspruch auf eine Verlängerung des Vertrags.
- 7.3 Gemeinsam vereinbarte Vertragsauflösungen sind jederzeit unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist möglich.
- 7.4 Die fristlose Auflösung des Vertragsverhältnisses aus besonderen Gründen (Unzumutbarkeit einer Vertragsfortsetzung) bleibt ausdrücklich vorbehalten. Schadenersatzansprüche wegen Vertragsauflösung zur Unzeit bleiben vorbehalten.
- 7.5 Die Laufzeit des Vertrags mit Verlängerungen ist in jedem Fall auf höchstens sechs Jahre begrenzt.

## 8. Rechnungsstellung und Zahlungsfrist

Die Abrechnung erfolgt vierteljährlich nach Anzahl bearbeiteter Gesuche (50% der Pauschale nach Zusicherung des Förderbeitrags, 50% der Pauschale nach Abschluss des Gesuchs) und ist von der Beauftragten detailliert auszuweisen. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage. Es erfolgt keine Teuerungsanpassung.

Der Aufwand ist unter folgender Adresse in Rechnung zu stellen:

Kanton Aargau  
Departement Bau, Verkehr und Umwelt  
Zentrale Rechnungsstelle  
Postfach  
5001 Aarau

Rechnungen können auch per E Mail (PDF-Dokument) an folgende Adresse gesandt werden:  
[pdf-rechnung.bvu@ag.ch](mailto:pdf-rechnung.bvu@ag.ch)

Die jeweiligen Rechnungen müssen folgende Angaben enthalten:

- Projekt
- Referenz-Nr.
- PSP-Nr.
- Projektleiter
- Organisationseinheit (Abteilung Energie)
- Zeitraum der Leistungserbringung
- Rechnungsbetrag
- Beilagen im A4-Format

## **9. Wahrung der Vertraulichkeit**

Die Auftraggeberin und die Beauftragte behandeln alle Tatsachen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind. Dies gilt insbesondere auch in Bezug auf den Kontakt mit anderen Fachorganisationen, Bundesstellen usw. Die Vertraulichkeitspflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses vollumfänglich bestehen. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufklärungspflichten. Die Information der Öffentlichkeit durch die Beauftragte darf nur nach Rücksprache mit der Auftraggeberin erfolgen.

## **10. Urheberrecht**

Der Auftraggeberin steht das unentgeltliche, unwiderrufliche und nicht ausschliessliche Recht zu, die Arbeitsergebnisse der Beauftragten für ihre Bedürfnisse frei zu verwenden. Die Beauftragte ist verpflichtet, der Auftraggeberin sämtliche Unterlagen – ob in Papierform, in elektronischer oder in anderer Form – auf Aufforderung hin, jedoch spätestens bei Beendigung des Auftrags unaufgefordert herauszugeben. Eine Weiterverwendung dieser Unterlagen durch die Beauftragte ist – ohne schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin – ausdrücklich untersagt.

## **11. Salvatorische Klausel**

Sollte in diesem Vertrag irgendeine Bestimmung unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen hierdurch nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich vielmehr, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr möglichst gleichkommende wirksame Regelung zu ersetzen, die das bei Vertragsabschluss bestehende Verhältnis wiederherstellt oder welche die wirtschaftliche Zielsetzung des Vertrags einschliesslich der sich hieraus ergebenden Regelungen erreicht.

## **12. Anwendbares Recht und Gerichtsstand**

Auf den vorliegenden Vertrag ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar. Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag wird als Gerichtsstand Aarau vereinbart.

### **13. Besondere Vereinbarungen**

keine

Dieser Vertrag wurde in 2 Exemplaren ausgefertigt. (Exemplar: Auftraggeberin/Beauftragte)

Aarau,

xxx,

Die Auftraggeberin (Doppelunterschrift):

Die Beauftragte:

Unterschrift:

*Departementsvorsteher*

Unterschrift:

*Beauftragte*

Unterschrift:

*Leiter Abteilung Energie*

*Beauftragte*

### **Anhang**

Ausschreibung vom 9. September 2020